
Entwicklungstendenzen reifer Volkswirtschaften – Überlegungen zur Synthese von Keynes und Fourastié

Karl Georg Zinn

Die im folgenden skizzierten Entwicklungslinien reifer Volkswirtschaften orientieren sich weitgehend an den Vorgaben von Keynes und Fourastié. Diese Auswahl bestimmter theoretischer Entwicklungsvorstellungen begründet sich durch die m. E. relativ gute prognostische Erklärungskraft der betreffenden Theorien. Unter „Keynesscher Theorie“ wird hier allerdings mehr als das geläufige Lehrbuchmodell Keynesscher Makroökonomie verstanden, das in der Regel auf die Wiedergabe einiger Elemente der „Allgemeinen Theorie“ beschränkt bleibt oder gar nur das IS-LM-Schema à la Hicks enthält. Deshalb bedeutet keynesianische Wirtschaftspolitik dann auch im Unterschied zu der verbreiteten Vorstellung, es gehe lediglich um kurzfristige konjunkturorientierte Fiskalpolitik, eine *langfristige* wirtschaftspolitische Konzeption. Sie ist auf Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit gerichtet und sieht in der antizyklischen Konjunktursteuerung nicht die Regel interventionistischer Maßnahmen, sondern die Ausnahme für den „Notfall“; für jenen Notfall nämlich, der infolge unzulänglicher oder fehlender langfristiger Beschäftigungspolitik eintritt.

Die schier unausrottbare Fehlinterpretation, Keynes habe sich nur um die „kurze“ Frist Sorgen gemacht und daher auch nur theoretische Begründungen für jene kurzfristige (antizyklische) Politik geliefert, kann hier selbstverständlich nicht in extenso widerlegt werden. Es sei jedoch daran erinnert oder wohl besser: darauf aufmerksam gemacht, daß Keynes u. a. im Kriegsjahr 1943 zur Frage des „langfristigen Problems der Vollbeschäftigung“ eine Prognose für die Nachkriegswirtschaft vorgelegt hat, in der er eine Dreiphasen-Entwicklung umriß, die im wesentlichen dem tatsächlichen Ablauf entspricht. Keynes'

knappe Formulierung erlaubt, einige wesentliche Grundgedanken durch ein kurzes Zitat wiederzugeben:

„Nach dem Krieg sind drei Phasen der Wirtschaftsentwicklung zu gewärtigen: a) wenn die Investitionsanreize unkontrolliert zu einem Investitionsvolumen führen, das größer ist als die (unter Vollbeschäftigungsbedingungen) angezeigte Sparquote, nachdem Bewirtschaftung und andere Kontrollen aufgehoben sind; b) wenn das dringend notwendige Investitionsniveau der (unter freien Marktverhältnissen entstandenen) Sparquote entspricht, aber Möglichkeiten bestehen, die Investitionsquote dem gewünschten Zustand anzugleichen durch Ermutigung oder Beschleunigung zwar weniger dringender, aber durchaus nützlicher Investitionen; c) wenn die Nachfrage nach Investitionen so weit befriedigt ist, daß sie nicht auf das angezeigte Sparniveau angehoben werden kann, ohne sich auf verschwenderische oder unnötige Unternehmungen einzulassen.“ (Keynes, 1988, S. 19)

Diese in ihrer weitgehend korrekten Zukunftsbeurteilung frappierende Vorhersage Keynes' aus der Not- und Katastrophenzeit des Zweiten Weltkriegs basiert auf der *gesamten* Theorie des berühmten Engländer – nicht nur auf dem 1936 erschienenen „Hauptwerk“. Die dritte Phase ist durch Stagnation charakterisiert. Es ist daran zu erinnern, daß Keynes – neben Kalecki – die Originalfassung des Stagnationstheorems, also einer Theorie der *langfristigen* Entwicklung reicher Volkswirtschaften, geliefert hat. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen, die Keynes aus seiner theoretisch fundierten Prognose während der Kriegszeit für den Frieden zog, lassen sich ebenfalls an Hand eines recht kurzen Zitats umreißen:

„Was nun diese dritte Phase anbetrifft . . . wird es notwendig sein, sinnvollen Konsum zu ermutigen, vom Sparen abzuraten und einen Teil des unerwünschten Surplus durch vermehrte Freizeit zu absorbieren – mehr Urlaub (eine wunderbare Art, Geld loszuwerden!) und weniger Arbeitsstunden.

In diesem goldenen Zeitalter werden uns die verschiedenen Mittel zur Verfügung stehen. Ziel muß es sein, die gesellschaftlichen Praktiken und Gewohnheiten allmählich zu verändern, um das angezeigte Sparniveau zu verringern. Möglicherweise werden die Abschreibungsfonds nahezu ausreichen, um alle nötigen Investitionen zu tätigen.“ (Keynes, 1988, S. 20)

Eine Wirtschaftstheorie, die eine Langfristprognose von der Güte der Keynesschen aus dem Jahr 1943 zuläßt, hat den empirischen Test in eindrucksvoller Weise bestanden. Jedenfalls sind keine anderen Wirtschaftstheorien bzw. Prognosen bekannt, die vergleichbare Vorhersagequalität vorweisen können. Auch die Post-Keynesianer sind bezüglich der prognostischen Qualität ihrer theoretischen Entwürfe über das Original noch nicht hinausgekommen. Die (vollständige) Theorie Keynes' erweist sich also nach wie vor als eines der zuverlässigsten Instrumente, um die historische Bewegung reifer kapitalistischer Länder zu analysieren, was ja nicht impliziert, daß sich bei Keynes Antworten auf jede (wichtige) Frage finden lassen (vgl. auch Zinn, 1988).

Die These Fourastiés von der tendenziellen Tertiärisierung reifer Industriesysteme scheint durch die tatsächliche Entwicklung ebenfalls gut bestätigt worden zu sein. Wenn zwei unabhängig voneinander formulierte Entwicklungstheorien als jeweils empirisch gut bestätigt gelten können, so liegt die Frage nach der mehr oder weniger großen Übereinstimmung der Theorien nahe. In der Tat wird sich zeigen, daß Keynes und Fourastié wesentliche Gemeinsamkeiten aufweisen.

Beide Theorien stellen als die beiden wesentlichen Entwicklungsfaktoren reifer Volkswirtschaften den produktivitätswirksamen technischen Fortschritt und sättigungsbedingte Nachfrageveränderungen heraus. Beide Theorien erlauben auch die Integration demographischer Veränderungen, ohne daß dadurch die Grundlinien der jeweiligen theoretischen Argumentation verlassen werden müssen. – Fourastiés Tertiärisierungs-These wird im allgemeinen einseitig dahingehend gedeutet, daß *jede* Art von Dienstleistungsexpansion als Bestätigung Fourastiés und zugleich als Strukturwandel in eine erwünschte Richtung gilt. Übersehen wird jedoch die von Fourastié ebenfalls als Möglichkeit erörterte Entwicklung einer sogenannten „tertiären Krise“.

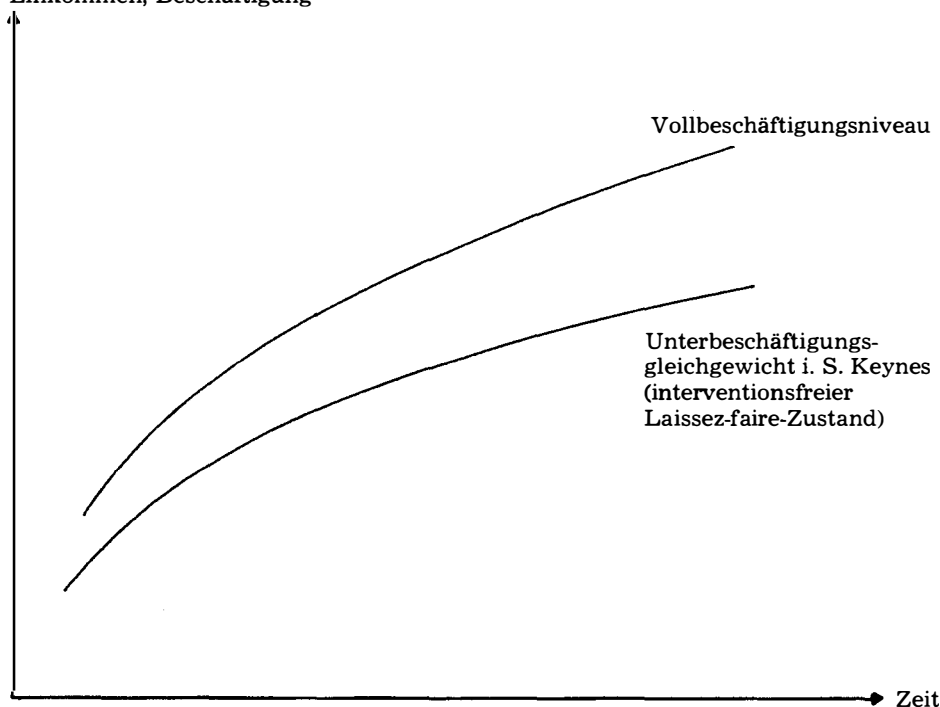
Im Zusammenhang mit nachfrage- bzw. sättigungsbedingter Wachstumsbegrenzung stellt sich die Frage nach den marktendogenen Gegenkräften zu dieser Entwicklung. Dieser Gesichtspunkt wird ausführlicher unter dem Stichwort der unproduktiven Ausgaben diskutiert. Der Begriff der unproduktiven Ausgaben bzw. der unproduktiven Arbeit, der von den Klassikern eingeführt wurde und sich bis zu Beginn unseres Jahrhunderts noch fortentwickelt hatte, fehlt bekanntlich in der terminologischen Ausstattung der herrschenden Wirtschaftstheorie (vgl. Zinn, 1980). Dies bedeutet allerdings nicht, daß es sich um einen unbrauchbaren, gar überflüssigen Ansatz handelt. Nicht zufällig wird ja in einer nichtökonomischen Literatur wie auch im Alltagssprachlichen das Phänomen, das die Klassiker mit unproduktiven Ausgaben bezeichneten, nach wie vor thematisiert.

1. Zum Nachfrageproblem bei Keynes und Fourastié

Keynes' These des Unterbeschäftigungsgleichgewichts reifer Volkswirtschaften unter Laissez-faire-Bedingungen, d. h. bei Abwesenheit beschäftigungspolitischer Interventionen, läßt sich schematisch durch eine *wachsende* Differenz zwischen Vollbeschäftigungsniveau und tatsächlichem Einkommens- bzw. Beschäftigungsniveau darstellen (vgl. Abb. 1). Das Vollbeschäftigungsniveau wird durch den produktivitätswirksamen technischen Fortschritt und das Arbeitspotential umrissen. Das Arbeitspotential ergibt sich als Produkt aus vorhandenen Arbeitskräften (Erwerbspersonen) und regulärer Arbeitszeit pro Beschäftigtem. Über die Parameter reguläre Arbeitszeit und Arbeitskräftepotential gehen Veränderungen der Normalarbeitszeit, also Arbeitszeitverkürzungen, und demographische Entwicklungen in die Bestimmung der Vollbeschäftigungslinie ein.

Abbildung 1

Einkommen, Beschäftigung



Eine *wachsende* Diskrepanz zwischen Vollbeschäftigungsniveau und faktischem Einkommensniveau ergibt sich aus der Keyneschen Begründung der Tendenz zum Unterbeschäftigungsgleichgewicht. Sie greift auf die Gossen-Keynessche-Regel zurück, d. h. der Kombination aus dem Gossenschen Sättigungsgesetz und dem fundamentalen psychologischen Gesetz Keynes' (vgl. Zinn, 1986, S. 80 ff.). Der durch den technischen Fortschritt bewirkte Anstieg des Vollbeschäftigungseinkommens zieht eine steigende Ersparnis, in der Regel eine steigende Sparquote, nach sich. Zur Vollbeschäftigung ist also auch eine steigende Investitionsquote vorauszusetzen. Wenn die Absorption der Vollbeschäftigungsersparnis durch die Investitionen in *wachsendem* Maße mißlingt, stellt sich auch ein steigender Abstand zwischen Vollbeschäftigungs- und Unterbeschäftigungsgleichgewicht ein: die „Sockelarbeitslosigkeit“ steigt über die Konjunkturzyklen hinweg an, und es kommt zur strukturellen Arbeitslosigkeit, d. h. es ergibt sich ein Arbeitsplatzdefizit wegen zu geringer Investitionen.

Realistischerweise kann nicht von Laissez-faire-Bedingungen ausgegangen werden, sondern die Fiskalpolitik selbst konservativer Regierungen hat beschäftigungswirksame Effekte, und zwar im Sinne der keynesianischen Nachfragepolitik. Als empirischer Beleg sei etwa auf die Haushaltsdefizite der westlichen Industrieländer während der vergangenen zehn Jahre verwiesen. Das realisierte Beschäftigungs- bzw.

Einkommensniveau lag bzw. liegt deshalb innerhalb jenes durch die beiden Grenzlinien gezogenen Bereichs zwischen Vollbeschäftigungs- und Unterbeschäftigungsgleichgewicht.

Die Fourastiésche Dreisektorenthese wird im allgemeinen analog zur Clark'schen Einteilung der Volkswirtschaft in drei Bereiche gesehen, was jedoch ein schiefes Bild ergibt. Fourastié definierte die drei Sektoren nach Maßgabe des unterschiedlichen Produktivitätswachstums in den drei Bereichen, wobei im primären Sektor ein mittlerer, im tertiären ein sehr geringer und im sekundären der stärkste Produktivitätsfortschritt stattfindet. Der Produktivitätsfortschritt indiziert das Ausmaß des technischen Fortschritts in den drei Sektoren. Sektoraler Strukturwandel wird also als Resultat des technischen Fortschritts, und zwar in seiner produktivitätswirksamen Form (Prozeßinnovationen) gesehen. Hierbei handelt es sich jedoch nur um eine notwendige, noch nicht um eine hinreichende Bedingung strukturellen Wandels. Hinzutreten muß die sättigungsbedingte Nachfrageabschwächung bei einzelnen Gütern, Gütergruppen und schließlich dem gesamten Güterangebot eines Sektors. Fourastié argumentiert also analog zu Keynes: Technischer Fortschritt hebt die Pro-Kopf-Einkommen, damit treten partielle Sättigungen gemäß dem Ersten Gossenschen Gesetz ein, und es kommt zu nachfragebedingten Anteilsverschiebungen zwischen den Sektoren, also strukturellem Wandel.

Der Unterschied zwischen Fourastié und Keynes besteht im fundamentalen psychologischen Gesetz, für das Fourastié keine adäquate Entwicklungstendenz formuliert. Die Fourastiésche Sättigungsthese beschränkt sich sozusagen auf das Erste Gossensche Gesetz, während für Keynes eben die Gossen-Keynessche-Regel gilt: auf höheren Einkommensniveau stellt die Ersparnis, speziell in Form von Geldvermögensbildung, eine selbständige Verwendungsalternative von Einkommen dar. Trotz dieses Unterschiedes stechen jedoch die Gemeinsamkeiten und vor allem die Prognosen zur langfristigen Entwicklung reifer Volkswirtschaften hervor. Beide Autoren gelangen zur Stagnationsthese auf der Grundlage theoretischer Verarbeitung wirtschaftsgeschichtlicher Verläufe. Die Stagnation wird im wesentlichen nachfrageseitig begründet.

Fourastiés Theorie erscheint der Keynesschen durch die Strukturorientierung überlegen. Es wäre allerdings ein Irrtum zu unterstellen, Keynes' Theorie enthalte überhaupt keine strukturtheoretischen Aussagen. Bereits seine klare Unterscheidung zwischen privater und öffentlicher Nachfrage verweist auf strukturorientierte Überlegungen, auch wenn hierbei ein anderes Strukturkonzept vorliegt, als es der Fourastiéschen Theorie entspricht (vgl. auch Zinn, 1988, S. 167 ff.).

2. Dienstleistungsexpansion gegen sekundäre Sättigung?

Die Sättigungsthese trifft bekanntlich auf den Einwand, daß zwar der Produktlebenszyklus für *einzelne* Güter gelte, daß auch einzelne Güter

der individuellen Sättigung im Sinn des Ersten Gossenschen Gesetzes unterliegen, aber gerade das Zweite Gossensche Gesetz zeige, daß eben ein Wechsel auf immer neue Güter möglich sei. Abstrahiert wird hierbei von der Wirkung des fundamentalen psychologischen Gesetzes, also der Möglichkeit, daß, statt immer neue Konsumgüter zu konsumieren, die Geldvermögensbildung Präferenz genießt. Die stärksten Gegenargumente zur Sättigungsthese berufen sich darauf, daß Produktinnovationen und Marketing dafür sorgen, daß die Konsumgüterpalette stets erweitert und attraktiv genug gehalten wird, um gemäß dem Zweiten Gossenschen Gesetz den Expansionsprozeß des Konsums in Gang zu halten.

Unbestritten ist das Sättigungsphänomen inzwischen für den primären Sektor der reifen Volkswirtschaften. Für die sekundären Güter erscheint der Streit noch im Gang; folgt man Keynes-Fourastié, so wird dem Industriebereich jedoch das gleiche Stagnationsschicksal zuteil werden wie dem Agrarsektor. Deshalb ja auch die generelle, teils euphorische Hoffnung auf die Dienstleistungsexpansion.

Die These vom Dienstleistungswachstum scheint durch gewisse strukturelle Veränderungen zugunsten des tertiären Bereichs bestätigt zu werden. Es fragt sich jedoch, ob dieser Strukturwandel tatsächlich der Fourastiéschen Prognose und seinen Prämissen entspricht und ob die Dienste *generell* als ein für hochentwickelte Volkswirtschaften adäquater Wachstumsbereich gelten können, der in seinen Wohlstands- und technisch-ökonomischen Entwicklungspotentialen den Vergleich zur primären und sekundären Produktion nicht zu scheuen braucht. Gewisse Skepsis wird bereits dadurch begründet, daß es sich bei Dienstleistungen um jene Produktionen handelt, die von der Klassik als unproduktiv eingestuft wurden. Selbstverständlich bedarf die klassische Abgrenzung einer aktualisierenden Modifikation; aber ein theoretisches Konzept zu modifizieren, ist eine Sache, es völlig zu ignorieren, eine andere.

Die Fourastiésche Tertiärisierung-These basiert auf folgenden Voraussetzungen:

- im Dienstleistungssektor finden keine wesentlichen produktivitätswirksamen Prozeßinnovationen statt;
- die Massenkaufkraft wird im Verlauf des Strukturwandels nicht gesenkt, sondern das allgemeine Lohnniveau bewegt sich entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Produktivität nach oben; speziell im Dienstleistungsbereich wird kein Niedriglohniveau realisiert, sondern im Gegenteil sind die von Fourastié anvisierten Dienste qualifizierte, gut bezahlte Leistungen;
- die Einkommenselastizität der Dienstleistungsnachfrage ist relativ groß, d. h. bei steigendem Einkommen und allmählicher Sättigung beim primären und sekundären Bedarf werden die disponiblen Einkommen auch für Dienste ausgegeben – und nicht etwa überproportional für die Geldvermögensbildung verwendet.

Aus der Fourastiéschen Annahme relativ niedrigen Produktivitätsfortschritts im Dienstleistungssektor folgt, daß dort wohl auch nur ein

relativ geringer Investitionsbedarf besteht, d. h. die Investitionsquote, gemessen entweder als Investitionsanteil am Umsatz oder als Wertschöpfungsanteil des betreffenden Sektors, liegt deutlich niedriger als im primären und sekundären Sektor. Dies bedeutet wiederum, daß im Zuge der Tertiärisierung die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote sinken müßte. Um Vollbeschäftigung zu gewährleisten, verlangt dies auch eine entsprechende Absenkung der Sparquote. Absenkung von Investitions- bzw. Sparquote auf ein niedrigeres Niveau korrespondiert logisch mit der Fourastiéschen Langfristperspektive der tertiären Zivilisation, die ja in einen Stagnationszustand auf hohem Einkommensniveau mündet. Stagnation bedeutet aber, daß die (wachstumswirksame) Investitionstätigkeit stark zurückgeht.

In der Übergangsphase zur tertiären Zivilisation, also während des noch verlaufenden Strukturwandels zugunsten der Dienstleistungen, muß unbedingt vermieden werden, daß aus irgendwelchen Gründen (etwa durch einen zu raschen Abbau von Industriearbeitsplätzen und bei zu langsamer Dienstleistungsexpansion – und damit sich aufstauender struktureller Arbeitslosigkeit) eine allgemeine Lohnsenkung und damit ein Abfall der Masseneinkommen eintreten. Dies würde nämlich von der Nachfrageseite her den Strukturwandel bremsen. Es fehlt dann an Kaufkraft, um den Diensten ihre Wachstumschance zu geben; mehr noch, der Kaufkraftverlust senkt auch die Nachfrage nach Industriegütern, so daß sich eine Entwicklung einstellen kann, die Fourastié als „tertiäre Krise“ bezeichnet hat: die Industrieproduktion schrumpft, die Dienste wachsen, aber nur langsam, und die wachsende Arbeitslosigkeit bzw. die unzulängliche Massenkaukraft läßt die Volkswirtschaft verfrüht in Stagnation verfallen, noch ehe der erwünschte Endzustand der tertiären Zivilisation – und die *dann* auch der Lage angemessene Stagnation eintritt.

Ergänzend zu Fourastiés Warnung vor einer tertiären Krise wäre noch darauf hinzuweisen, daß Dienstleistungen, die nur aufgrund relativ niedriger Löhne zustande kommen – erinnert sei an das US-Beispiel – nicht den Fourastiéschen Vorstellungen von der tertiären Zivilisation entsprechen, sondern in diesem Punkt eher einem Entwicklungsland gleichen, das ja ebenfalls einen relativ hohen Dienstleistungsanteil aufweist.

Betrachtet man die aktuelle Entwicklung vor dem Hintergrund der Fourastiéschen Konzeption, so zeigt sich, daß etliche seiner Prämissen in der Realität nicht (mehr!) zutreffen:

- erstens erweist sich auch der Dienstleistungssektor in vielen Bereichen als rationalisierbar, so daß solche Produktionen dann nach dem strengen Fourastiéschen Zuordnungskriterium, nämlich der Produktivitätsentwicklung, aus dem tertiären Sektor herausgenommen werden müssen und dem sekundären zuzurechnen sind;
- zweitens erscheint es zweifelhaft, ob die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Dienstleistungen tatsächlich so hoch liegt, wie Fourastié unterstellt; es scheint vielmehr auch hier eine höhere Präferenz für Geldvermögensbildung wirksam zu sein, d. h. obgleich die (höhe-

- ren) Einkommen einen stärkeren Dienstleistungsverbrauch gestatten, erhält die Geldvermögensbildung den Vorzug;
- drittens ergibt sich aus der fehlenden Ausgleichswirkung des Dienstleistungssektors für die Arbeitsplatzverluste im primären und sekundären Bereich eine Zunahme von Arbeitslosigkeit, die auf das Lohnniveau drückt und insbesondere zu Niedriglöhnen bei Dienstleistungen führt; dies untergräbt über den negativen Kaufkrafteffekt sowohl die Nachfrage nach Industriegütern als auch nach Dienstleistungen. Dem schlecht bezahlten Dienstleister selbst fehlt nicht nur die Kaufkraft, um Dienste, gar teure, zu kaufen, sondern seine beschränkte Kaufkraft verwehrt auch jenes Verbrauchsniveau bei Industriegütern, das – nach Fourastié – dem volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand angemessen wäre. Statt möglicher Sättigung bei Industrieprodukten kommt es zu verteilungsbedingtem Mangel und Unterversorgung. Man stelle sich beispielsweise einen bisher gut verdienenden Stahlfacharbeiter vor, der nach zeitweiliger Arbeitslosigkeit im Dienstleistungsbereich wiederbeschäftigt wird, aber zu einem erheblich gesunkenen Einkommen. Rechnet man dieses Beispiel auf eine größere Masse hoch, so wird einsichtig, daß der durch das Zusammenwirken von Produktivitätsfortschritt und Sättigung eintretende Strukturwandel zu dem paradoxen Ergebnis eines sinkenden Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten und entsprechend niedrigerer Gesamtproduktion führen kann. Während der Produktivitätsfortschritt als eine Wirkungsursache des widersprüchlichen Prozesses noch sichtbar sein mag, verschwindet die zweite wesentliche Wirkungsgröße, das Sättigungsphänomen, hinter den realen Folgewirkungen, nämlich der Lebensstandardsenkung. Darin liegt ja wohl auch ein wichtiger Grund, warum das Sättigungsproblem bisher völlig unzureichend gewichtet wird (vgl. Nolte, Schaaff, Zinn [1988]).

Zusammenfassend ergibt sich aus der Kombination von Keynescher und Fourastiéscher Entwicklungsperspektive eine Bekräftigung des langfristigen Stagnationstheorems. Die Wachstumsbegrenzung resultiert aus Sättigungstendenzen, begründet sich also nachfrageseitig. Der technische Fortschritt verstärkt in seinen produktivitätswirksamen Formen (Prozeßinnovationen) diese Tendenz. Die Absorptionsmöglichkeiten des tertiären Sektors werden durch Verletzung der Fourastiéschen Prämissen beschränkt. Der technische Fortschritt wirkt auch im Dienstleistungsbereich. Die Einkommensabsenkung beim Wechsel von sekundären Arbeitskräften in den Tertiärbereich verstärkt das Nachfrageproblem durch produktions- und beschäftigungssenkende Umverteilungsprozesse.

3. Gegenkräfte zur Stagnation

Weder Keynes noch Fourastié sahen den immensen Investitionsbedarf für den Umweltschutz voraus. Sie ließen ebenfalls außer Betracht, daß *einzelne* Volkswirtschaften wie etwa die Bundesrepublik Deutsch-

land oder Japan einen binnenwirtschaftlichen Überhang der freiwilligen Ersparnis über längere Zeit bis zu einem gewissen Umfang über Exportüberschüsse beschäftigungswirksam neutralisieren können. Die vorstehend genannten Möglichkeiten, Nachfragemangel zu begegnen, bleiben auch im folgenden unberücksichtigt, da es um eine Diskussion der Konstellationen geht, die für Keynes und Fourastié relevant waren.

Das Stagnationstheorem greift die tatsächliche Entwicklung nur in groben Umrissen ab. In der Realität wirken verschiedene Gegenfaktoren. An erster Stelle sind die beabsichtigten oder auch nur als unbeabsichtigte Nebeneffekte eintretenden Beschäftigungsfolgen der Fiskalpolitik zu nennen. Die Haushaltsdefizite der Industrieländer heben wie erwähnt das Outputniveau über jene Linie eines Unterbeschäftigungsgleichgewichts, die einen interventionsfreien Zustand beschreibt.

Der beschäftigungs- und produktionssenkenden Umverteilung zu Lasten der Masseneinkommen wirken zweitens gewerkschaftliche Bemühungen der Einkommens- bzw. Lohnstabilisierung entgegen. Auch hierbei zeigen sich erhebliche länderspezifische Unterschiede.

Schließlich entfalten sich – wie bereits erwähnt – endogene Gegenkräfte durch Produktinnovationen und die ihnen vorgelagerten Investitionen sowie durch Marketingaktivitäten im umfassenden Sinn. Hierbei handelt es sich nicht nur um Versuche, kaufkraftstarke Haushalte in ihrer Konsumneigung zu beeinflussen, sondern der Werbeaufwand stellt selbst eine beachtliche Nachfragekomponente dar. Ein Großteil dieses Aufwandes fällt unter die von den Klassikern entwickelte Kategorie der „unproduktiven“ Ausgaben; aber unproduktive Ausgaben erweisen sich in den Überflußgesellschaften als nachfragestabilisierende Größen, wie jeder Rüstungsbetrieb zu Recht anführt. Kreislauftheoretisch betrachtet finanziert sich der unproduktive Aufwand im Sinn von Keynes' Theorem des Witwenkruges selbst. Formal läßt sich dies leicht verdeutlichen:

$$Y_1 = c_1 \cdot Y_1 + I$$

$$Y_2 = c_2 \cdot Y_2 + I + W$$

wobei die Präferenzwirkung von W darin liege, daß $c_1 < c_2$

Y = Volkseinkommen; c_1 = Konsumquote; I = Investition; W = Werbung

Die Einkommens- und Beschäftigungswirkung der Werbung (W) verläuft also auf zwei Wegen: Erstens kann unterstellt werden, daß die Konsumquote unter dem Einfluß der Werbung im umfassenden Sinn höher liegt als ohne Werbung; zweitens stellt die Werbung aber selbst eine beschäftigungswirksame Nachfragegröße dar, die eben auch dann zu Buche schlägt, wenn die Konsumquote davon nicht berührt würde. Man mag über den volkswirtschaftlichen Nutzen bzw. die Wohlfandseffekte extensiver Werbung mit den Klassikern, Marx und anderen geteilter Meinung sein, aber Werbung bzw. Marketing stellt eine system-

endogene Gegenkraft zur Sättigungs- und damit zur Stagnationstendenz dar. Die auf Werbung zurückführbare Einkommens- bzw. Beschäftigungsdifferenz zwischen den Einkommen der beiden vorstehenden Gleichungen beträgt

$$\Delta Y = Y_2 - Y_1 \text{ und somit } Y_2 = Y_1 + \Delta Y$$

$$\Delta Y = c_2 (Y_1 + \Delta Y) - c_1 \cdot Y_1 + W$$

$$\Delta Y = (c_2 - c_1) Y_1 + c_2 \cdot \Delta Y + W$$

$$\Delta Y (1 - c_2) = (c_2 - c_1) Y_1 + W$$

$$\Delta Y = \frac{(c_2 - c_1) Y_1 + W}{(1 - c_2)}$$

Falls die Werbung keinen Einfluß auf die Konsumquote hat, d. h. $c_1 = c_2$, vereinfacht sich die vorstehende Gleichung zu

$$\Delta Y = \frac{W}{(1 - c_1)}$$

d. h. man erhält den bekannten Keynes'schen Ausgabe- bzw. Investitionsmultiplikator. Anstelle von W (erbung) läßt sich jede andere (unproduktive) Ausgabe, z. B. Rüstung, setzen.

Es würde hier zu weit führen, auf die empirische Seite des Problems unproduktiver Ausgaben einzugehen, zumal die kategoriale Trennung von produktiven und unproduktiven Aufwendungen weitgehend verlorengegangen ist. Erinnerung sei jedoch daran, daß die USA wohl die höchsten Werbeausgaben pro Kopf der Bevölkerung tätigen; der Pro-Kopf-Aufwand ist doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Daß die USA zugleich eine erstaunlich niedrige Sparquote der privaten Haushalte aufweisen, mag auch mit jener Werbeintensität zusammenhängen. Die amerikanische Gesellschaft ist inzwischen zu einer „Marketinggesellschaft“ im umfassenden Sinn geworden.

4. Exkursorische Bemerkung zu unproduktiven Aktivitäten

Der theoretische Mangel an Fortentwicklung der klassischen Unterscheidungskategorien von produktiver und unproduktiver Verwendung des Sozialprodukts behindert alle Versuche, zwischen den gebrauchswertbezogenen Kosten eines Produktes und dem unproduktiven Beiwerk klar zu trennen. Gleiches gilt für die Bemühungen, echte, gebrauchrelevante Produktinnovationen von Pseudoinnovationen zu unterscheiden. Solche Differenzierungsansätze treffen meist auf wenig Verständnis. Im allgemeinen herrscht ein positives Vorurteil zugunsten jedweder marktwirtschaftlichen Aktivität. Die herrschende Wirt-

schaftstheorie gibt sozusagen Generalabsolution: Was marktwirtschaftlich erzeugt und verkauft wird, ist prinzipiell gerechtfertigt; alles andere steht hingegen unter Rechtfertigungszwang. Nur dort, wo die Opportunitätskostenbetrachtung den Blick auf negative externe Effekte, also auf die Sozialkosten der Produktion lenken kann, wird die Fragwürdigkeit bestimmter Wachstumsbeiträge ernster genommen.

Das skizzierte Problem des unproduktiven Aufwandes läßt sich selbstverständlich in einer ökonomischen Analyse nicht erschöpfend behandeln. Es geht vielmehr um einen umfassenden kulturell bedeutsamen Sachverhalt. Am Beispiel der „Marketinggesellschaft“ mag dies noch am ehesten ins (kritische) Bewußtsein gebracht werden. Denn es läßt sich wohl jedem Konsumenten relativ rasch verständlich machen, daß der hohe Werbeaufwand für die Produkte, die er täglich oder auch nur gelegentlich kauft, deren Gebrauchswert nicht verbessert, wohl aber die Preise erhöht. Auch wird wohl nicht ausschließlich Unverständnis vorherrschen, wenn jemand die Frage aufwirft, ob denn der Weg in die Marketinggesellschaft nicht zugleich ein Weg zur Infantilisierung und in eine Art modernen Analphabetismus bedeutet; ob eventuell jene Infantilisierung vielleicht auch politische Konsequenzen hat und manche zur Demokratieunfähigkeit erzieht. Vor dem Hintergrund der Diskussion über die „postmaterielle“ Gesellschaft und insbesondere über die Dienstleistungsexpansion verdient das hier kurz umrissene Problem steigenden unproduktiven Aufwandes wohl mehr Beachtung, als ihm bisher geschenkt wird.

Fragt man nach den Ursachen des relativen Anstiegs unproduktiver Aufwendungen im skizzierten Sinn, so bieten sich zwei Antworten an. Für die klassische Ökonomie handelte es sich um Luxus; bereits die Beispiele, die etwa Adam Smith zur Veranschaulichung benutzte – nämlich bestimmte Dienstleistungen – verweisen auf diese Qualität. Für reife Volkswirtschaften erscheint die Luxus-Erklärung jedoch nicht mehr sachgerecht. Unproduktiver Aufwand entsteht hier vielmehr als endogene Reaktion auf Sättigungserscheinungen. Allerdings geht der unproduktive Verbrauch in reifen Volkswirtschaften nicht notwendig zu Lasten des produktiven, sondern die unproduktive Ressourcenverwendung setzt sonst unbeschäftigte Faktoren in Tätigkeit. Allerdings: Es wird unnötige Arbeit geleistet, also Lebenszeit gestohlen, und die Umwelt wird durch unproduktive Aktivitäten wohl genauso belastet wie durch produktive.

Für die Klassiker bildete der Akkumulationsverlust die Opportunitätskostengröße zu den unproduktiven Ausgaben; für die reife Volkswirtschaft wird der Akkumulationsprozeß hingegen durch die unproduktive Ausgabe gestützt. So, wie eine Fehlinvestition in einer unterbeschäftigten Volkswirtschaft zumindest noch ihres Nachfrage- und Beschäftigungseffektes wegen als Aktivum verbucht werden kann, so gilt noch vielmehr, daß der ganz normale Verschleiß- und Wegwerfkonsum und die ihn begründende kulturelle Infrastruktur sowie die mit ihm verknüpften Investitionen „normale“ Beiträge zu Wachstum und Beschäftigung leisten.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß dem Stagnationsprozeß, wie er von Keynes und Fourastié begründet wird, endogene Gegenkräfte erwachsen, die jedoch nicht die Keynes-Fourastiéschen Grundtendenzen außer Kraft setzen, sondern im Sinne einer Leerlauf-Produktion Ressourcen absorbieren und damit das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau steigern, ohne daß der unproduktive Charakter dieser Niveauerhöhung sichtbar wird. Der Blick auf die empirische Lage macht allerdings deutlich, daß diese Gegenteilstendenzen zu schwach sind, um Vollbeschäftigung gewährleisten zu können. Möglicherweise wirkt selbst beim Verbrauch der unproduktiven Leistungen das Sättigungsgesetz, und unproduktiver Aufwand steht verständlicherweise ebenfalls unter Rationalisierungsdruck. Der marktwirtschaftliche Prozeß, der die unproduktiven Leistungen stimuliert, sorgt anscheinend auch dafür, daß sie wiederum in Grenzen gehalten werden.

5. Thesen zu alternativen Entwicklungsmöglichkeiten

Abschließend sei auf einige Entwicklungsalternativen zu dem dargestellten Selbstlauf von Stagnationstendenzen und endogener Ausgleichsreaktion durch unproduktive Produktion verwiesen. Hierbei geht es im wesentlichen um Alternativen, die aus der bisherigen Diskussion des Beschäftigungsproblems weitgehend bekannt sind, so daß vorwiegend eine erinnernde Aufzählung geboten wird, der dann einige ergänzende Bemerkungen anzufügen sind.

Im wesentlichen sind folgende vier Alternativperspektiven zu erkennen:

1. Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Lohnausgleichsregelungen.
2. Eine Stärkung der öffentlichen Finanzen, um jene materielle und soziale Infrastruktur zu gewährleisten, ohne die nicht einmal das bisherige Leistungsniveau aufrechterhalten werden kann, geschweige denn, daß sich neuen Anforderungen genügen ließe.
3. Der Umweltschutz als möglicher Wachstumsbereich mit eindeutigen Wohlstandseffekten und Vorsorgeleistungen für die kommende Generation.
4. Schließlich die Möglichkeit, binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche durch Leistungsbilanzüberschüsse wenigstens teilweise auszugleichen. Hierbei stellt sich die Frage, zu wessen Gunsten die Kreditvergabe bzw. die faktischen „Geschenke“, die mit permanenten Leistungsbilanzüberschüssen verbunden sind, erfolgen sollen.

Arbeitszeitverkürzung

Unter arbeits- und sozialmedizinischen Gesichtspunkten scheint die kürzere Wochenarbeitszeit der sinnvollste Weg zu sein, steigende Produktivität in kürzere Arbeitszeit umzusetzen. Bei steigender Lebenser-

wartung und tendenziell besserem Gesundheitszustand der Rentner muß die Absenkung des Rentenalters als äußerst unerwünscht betrachtet werden. Zudem wird bei einem durch die demographische Entwicklung (z. B. Bundesrepublik) bewirkten Anstieg des Anteils der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung die „Inaktivierung“ aus soziologischen Gründen eher zu einem späteren denn zu einem früheren Zeitpunkt sinnvoll.

Im Hinblick auf die verteilungsabhängige Konsumquote sollte die Lohnausgleichsregelung bei der Arbeitszeitverkürzung dahingehend modifiziert werden, daß mit der Arbeitszeitverkürzung zugleich eine gewisse Einkommensnivellierung erreicht wird. Dies bedeutet, daß bei *hohen* Einkommensgruppen auf vollen Lohnausgleich verzichtet wird. Denkbar ist auch, daß höhere Einkommensschichten in ihren Einkommen konstant gehalten werden und Produktivitätssteigerungen für sie nur in Arbeitszeitverkürzungen wirksam werden, während in den niedrigeren Einkommensschichten auch weiterhin Einkommenserhöhungen – eventuell mit geringerer Arbeitszeitverkürzung – erfolgen (vgl. Meissner/Zinn [1984], S. 101 ff). Die gelegentlich von den Gewerkschaften versuchte Sockelbetragslohnpolitik entspricht diesem Konzept. Der Grundgedanke zielt auf eine Angleichung der Einkommen der verschiedenen Einkommensgruppen bei unterschiedlichen Arbeitszeiten. Als Leistungsdifferenzierungsmerkmal wird nicht mehr nur das Einkommen benutzt, sondern die Arbeitszeit. Dieses Verfahren leitet sich logisch aus der Gossen-Keynesschen Regel ab, d. h. aus den starken Unterschieden der Konsumquote in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe.

Öffentliche Finanzen

Eine Anteilserhöhung der öffentlichen Infrastrukturleistungen setzt eine dauerhafte Einnahmeerhöhung der öffentlichen Hände voraus. Defizitpolitik ist nicht der richtige Weg, sondern die Finanzierung muß über eine höhere Steuerlastquote erreicht werden. Die gegenwärtige Modeideologie, die den öffentlichen Sektor diffamiert und die Steuerlastquote zu komprimieren sucht, mag zwar noch eine Weile Unheil anrichten, aber die historische Entwicklung wird über sie hinweggehen und das „Wagnersche Gesetz“ auf Dauer bestätigen. Reife Volkswirtschaften können ohne eine angemessene Ausweitung ihrer öffentlichen Leistungen zu keinem vernünftigen Umgang mit ihrem Wohlstandspotential finden. Der nicht mehr ganz junge Slogan von John Kenneth Galbraith vom privaten Reichtum und der öffentlichen Armut trifft ein reales Problem, das sich vor den Wählern auf Dauer wohl kaum verbergen läßt. Auch werden im Laufe der Zeit mehr und mehr Unternehmer erkennen, daß sie von einem finanzkräftigen Staat mehr zu gewinnen als zu verlieren haben. Fourtastiés Tertiärisierungsthese weist in die gleiche Richtung, da er vor allem Kulturkonsum (Bildung, Wissenschaft und dgl.) als Expansionsrichtung meint.

Der Umweltschutz stellt eine sozioethisch dringende Aufgabe dar. Es erscheint daher fast blasphemisch, hier mit schnöden ökonomischen Argumenten anzukommen. Umweltschutzaufgaben und -gebote erzwingen Konsum- und Investitionsausgaben des Privatsektors. Die Notwendigkeit der Umweltschutzmaßnahmen steht außer Frage, und sie genießen einen hohen Grad politischer Legitimation. Analog zu anderen Ausgabenprogrammen in einer unterbeschäftigten Wirtschaft schafft auch der Umweltschutz das Sozialprodukt, das er „verbraucht“. Soweit ein Land durch stringente Umweltschutzpolitik, der andere Länder nicht folgen wollen, spezielle Wettbewerbsnachteile einhandelt, sind gewisse Abwehrmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz nicht nur legitim, sondern auch ökonomisch gerechtfertigt (Protektion gegen „Umweltschutzdumping“).

Leistungsbilanzüberschüsse

Leistungsbilanzüberschüsse als Dauererscheinung sind mit Verschleudern volkswirtschaftlicher Leistungen gleichzusetzen. Denn nach aller Erfahrung zahlen die Schuldnerländer ihre Kredite, die sie zur Bezahlung der Defizite aufnehmen, real nicht zurück. Wenn also wettbewerbsstarke Volkswirtschaften bereit sind, es sich gar zugute halten, ständig Leistungsbilanzüberschüsse zuzulassen, so sollten sie mit einer solchen an sich wohlstandsschädlichen Außenwirtschaftspolitik wenigstens einen vernünftigen weltwirtschaftlichen Effekt erzielen. Er ließe sich dadurch erreichen, daß die Leistungsbilanzüberschüsse primär den Entwicklungsländern zugute kommen. Sicherlich sind hierfür bilaterale Kreditvereinbarungen wenig geeignet. Sinnvoller wäre eine internationale Finanzierungsaktion zugunsten der dritten Welt – etwa unter Einschaltung des Internationalen Währungsfonds und der Vermehrung der Sonderziehungsrechte zugunsten der Entwicklungsländer.

Machen wir uns zum Schluß noch einmal kurz klar, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftssituation nicht durch einen Mangel an Produktionsmöglichkeiten der Industrieländer charakterisiert ist, sondern durch unzureichende Nachfrage. Dieser einfache Grundtatbestand wird zwar durch eine Fülle mehr oder weniger komplizierter Erscheinungen und theoretischer Fehldeutungen bis zur Unkenntlichkeit verdunkelt, aber die historische Wahrheit liegt in der schlichten Tatsache, daß das Wachstum gegenwärtig weder durch unzureichenden technischen Fortschritt noch durch angebotsseitige Faktoren begrenzt wird, sondern durch Nachfragemangel. Nachfragemangel ist sowohl ein Verteilungs- als auch ein Sättigungsproblem; beides hängt zusammen.

Es war nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes, der Frage nachzugehen, warum jene schlichte historische Wahrheit verkannt bzw. von der Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler zu widerlegen versucht wird.

Es sei aber die These gewagt, daß die kapitalistischen Länder an einem historischen Wendepunkt stehen und daß gerade deshalb orthodoxe Verkrustung und vergangenheitsorientierte Pseudoprogressivität in der politischen Ökonomie der westlichen Industrieländer vorherrschen. In vielleicht nicht allzu ferner Zukunft wird die Wissenschaft sich auf unsere Probleme rückblickend nur wundern, wie blind man gegenüber relativ einfachen Zusammenhängen gewesen ist.

Literatur

- Fourastié, Jean (1954), *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, 1. A., Köln-Deutz
- Hickel, Rudolf (1987), *Ein neuer Typ der Akkumulation? Anatomie des ökonomischen Strukturwandels – Kritik der Marktorthodoxie*, Hamburg
- Keynes, John Maynard (1988), *Das langfristige Problem der Vollbeschäftigung*, in: *Sozialismus*, Jg. 14, Nr. 102, Juni/Juli 1988, S. 19 f. (= Übersetzung von: Keynes, John Maynard, *The long-term problem of full employment*, in: *Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. 27, Cambridge University Press 1980, S. 320 ff.
- Meissner/Zinn (1984), (Werner Meissner/K. G. Zinn), *Der neue Wohlstand. Qualitatives Wachstum und Vollbeschäftigung*, München
- Nolte, Schaaff, Zinn (1988), (Dirk Nolte, Herbert Schaaff, Karl Georg Zinn), *Relative Sättigung und unerfüllte Wünsche. Eine Entgegnung auf Ottwald Demele*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, April 1988, S. 489–495
- Postkeynesianismus (1987), *Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes*, Kalecki und Sraffa, Marburg 1987
- Zinn, Karl Georg (1988), *Staat und Wirtschaftsordnung im Denken Keynes'*, in *Ökonomie und Gesellschaft*, Jahrbuch 6: *Die Aktualität keynesianischer Analysen*, Frankfurt/M. 1988, S. 148–177
- Derselbe (1986), *Arbeit, Konsum. Akkumulation*, Hamburg 1986
- Derselbe (1987a), *Politische Ökonomie*, Opladen
- Derselbe (1987b), *Fourastié versus Neoklassik*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 13, 1987, S. 271–280
- Derselbe (1980), *Die Kategorien „produktiv“ und „unproduktiv“ in der Ökonomie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B 17/80, 26. April 1980, S. 21–38